

# Österreich-Hilfe für Propagandisten der Intoleranz?

## Wien plant mit Saudi-Arabien ein Zentrum für "interreligiösen Dialog" - Darf das wahr sein?

Bereits im April hatte der Großscheich der Al-Azhar-Universität, der bedeutendsten sunnitischen theologischen Hochschule, den österreichischen Außenminister bei seinem Ägypten-Besuch vor dem Projekt gewarnt. Nun stößt Spindeleggers Absicht, am 13. Oktober 2011 gemeinsam mit dem Königreich Saudi-Arabien ein Abkommen zur Gründung des "King Abdullah Bin Abdulaziz International Centre for Interreligious and Intercultural Dialogue" in Wien zu unterzeichnen, auch bei den Grünen und der Initiative Liberaler Muslime Österreichs (ILMÖ) auf massive Ablehnung.

All diese Warnungen scheinen die Bundesregierung jedoch nicht zu berühren. Laut Medienberichten soll es mit dem Palais Sturany sogar schon einen Sitz der neuen Organisation geben, wobei sich Österreich, die Kaufkonditionen betreffend, sehr "entgegenkommend" verhalten habe. Zugestimmt hat dem nicht nur das Außenministerium, sondern auch der Ministerrat. Politisch verantwortlich ist damit sowohl die ÖVP als auch die SPÖ. Weshalb sich die österreichische Regierung in toto fragen lassen muss, ob sie weiß, was sie da tut: Ist ihr nicht bekannt, dass sich der von Saudi-Arabien als Staatsreligion anerkannte Wahabismus massiv gegen andere Religionen wendet und "interkulturellen Dialog" nur als Vorwand für eine aggressive Missionierung verwendet?

Zur Verdeutlichung: Der Wahabismus ist in Saudi-Arabien die einzig staatlich anerkannte und erlaubte Religion. Andere Formen des Islam und andere Religionen sind verboten und werden teilweise auch staatlich verfolgt. Saudi-Arabien ist der einzige islamische Staat, in dem es keine Kirche, keine Synagoge und keine andere Gebetsstätte irgendeiner anderen Religion geben darf. Schiitische Muslime werden seit Jahrzehnten systematisch diskriminiert. Jüdinnen und Juden ist sogar die Einreise in das Königreich verboten. Die in Saudi-Arabien praktizierte Form der Scharia gehört zu den brutalsten Rechtssystemen der Welt. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde von Saudi-Arabien stets abgelehnt. Frauen dürfen nicht mit dem Auto fahren und können durch Auspeitschung bestraft werden. Körperstrafen inklusive Amputationen und Hinrichtungen gehören in diesem Königreich zum Alltag. Erst vor zwei Wochen wurde in Saudi-Arabien ein sudanesischer Migrant wegen "Hexerei" öffentlich enthauptet. Selbst für "Verbrechen" wie Prostitution oder Homosexualität können Todesurteile verhängt werden. Und: Saudi-Arabien ist einer der wenigen Staaten der Erde, in denen die Todesstrafe auch an Jugendlichen vollstreckt wird. - Dies ist nicht der Islam, es ist aber das, was Saudi-Arabien unter Islam versteht.

Zudem sollte der österreichischen Regierung bekannt sein, dass Saudi-Arabien seit Jahrzehnten seine Öleinnahmen auch dazu verwendet, unter Muslimen zu missionieren und diese Form eines extrem puritanischen und gegen jede religiöse Toleranz gerichteten Islam weltweit zu propagieren. Saudi-Arabien ist einer der Hauptverantwortlichen für die Verbreitung extremistischer Positionen innerhalb der islamischen Welt. - Will das Außenministerium wirklich just so einem Staat die Möglichkeit geben, in Österreich ein internationales Propagandazentrum zu errichten? Will die Bundesregierung damit die hier lebenden Muslime offen den wahabitischen Rekrutierungsmethoden aussetzen? Will sie damit eine integrationsfeindliche Ideologie fördern, die ebenso zu Zwietracht unter Muslimen wie zu weiteren wechselseitigen Vorurteilen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen beitragen wird?

Dialog hört sich schön an und selbstverständlich kann man mit jedem einen Dialog führen. Wer sich allerdings die Bedingungen eines solchen Dialogs von einem Staat diktieren lässt, der keinerlei Religionsfreiheit und Menschenrechte kennt, wird damit zum Kollaborateur bei der Propagierung von Intoleranz und Hass gegen Andersdenkende. (Thomas Schmidinger/DER STANDARD-Printausgabe, 6.10.2011)

**THOMAS SCHMIDINGER** ist Politikwissenschaftler, Vorstandsmitglied der im Nahen Osten tätigen Hilfsorganisation LeZA und Lektor an der Uni Wien sowie der Fachhochschule Vorarlberg.